

Parteitag der Münchner SPD (19.10.2019)
Beschlussbuch



Inhaltsverzeichnis

Anträge	1
1/II/2019 Lehrer*innenmangel beheben: Weiterqualifizierung ausländischer Lehrkräfte	1
2/II/2019 Keine atomare Rüstungsspirale	1
4/II/2019 Information von Studierenden der Medizin über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen	2
5/II/2019 Erweiterung des Wasserschutzgebietes nördlich von München um eine dritte Schutzzone	2
6/II/2019 Streichung des § 219a StGB	2
7/II/2019 Finanzierung eines nach Alter und Arbeitsjahren gestaffelten Arbeitslosengeldes I	3
8/II/2019 Europa erleben – Tag der offenen Tür am Europatag initiieren	3
14/II/2019 Gründungen im Handwerk besser unterstützen: „Münchner Handwerks Darlehen“	4
21/II/2019 Handläufe Treppenaufgängen	4
26/II/2019 Große Unternehmen müssen gehalten werden	5
30/II/2019 Mehr Personal in den städtischen Referaten für Wohnungsbau	5
37/II/2019 Überarbeitung der Fahrradabstellplatzsatzung zu Gunsten von Lastenfahrrädern	5
44/II/2019 Entwurf Mobilitätskonzept West	6
45/II/2019 Gleichberechtigtes und rücksichtsvolles Miteinander im Verkehrsraum	7
100/II/2019 Maßnahmen zum Klimaschutz	7

Anträge**1/II/2019****Beschluss****Lehrer*innenmangel beheben: Weiterqualifizierung ausländischer Lehrkräfte**

Wir beantragen, ein Qualifizierungsprogramm für Pädagoginnen und Pädagogen aus dem Ausland zu starten, um diesen Personen die nötigen Kenntnisse und Kompetenzen zu vermitteln, um an bayerischen Schulen als reguläre Lehrkräfte zu arbeiten. Inhalte der Weiterqualifizierung sind: Aktuelle didaktische Methoden, Inhalte der Lehrpläne in Bayern, bayerisches Schulsystem, Verpflichtungen und Rechte. Nach Abschluss des Programms werden die Lehrkräfte an bayerischen Schulen wie andere Lehrkräfte auch angestellt bzw. verbeamtet.

Das Qualifizierungsprogramm soll maximal ein Jahr laufen. So werden schnell Lehrkräfte für die bayerischen Schulen ausgebildet, die sowieso schon ein großes pädagogisches und fachliches Potential haben, anstatt mindestens fünf Jahre auf die Ausbildung von Lehramtsstudierenden zu warten.

2/II/2019**Beschluss****Keine atomare Rüstungsspirale**

- Die SPD lehnt eine sog. Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen, die immer noch im rheinland-pfälzischen Militär-Flugplatz Büchel lagern, ab
- Die SPD lehnt atomwaffenfähige Flugzeuge, wie sie als Nachfolge für den derzeit eingesetzten Tornado in Unionskreisen gefordert werden, ab
- Die SPD tritt für einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag ein.

4/II/2019**Beschluss****Information von Studierenden der Medizin über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen**

Schwangerschaftsabbrüche sollen Teil der Ausbildung in Gynäkologie im Rahmen des Medizinstudiums werden.

5/II/2019**Beschluss****Erweiterung des Wasserschutzgebietes nördlich von München um eine dritte Schutzzone**

Wir unterstützen den Genossen MdL Florian von Brunn in seinem Kampf um weiterhin sauberes Trinkwasser für die Stadt München.

Wir beantragen auf die Erweiterung des Wasserschutzgebietes nördlich von Miesbach um eine dritte Schutzzone hinzuwirken.

Diese Erweiterung ist notwendig, um auch in Zukunft die hervorragende Qualität des Münchner Trinkwassers zu erhalten und darf nicht an Einzelinteressen von ortsansässigen Landwirten scheitern.

6/II/2019**Beschluss**

Streichung des § 219a StgGB

Wir beantragen die Streichung des § 219 a StGB.

7/II/2019

Beschluss

Finanzierung eines nach Alter und Arbeitsjahren gestaffelten Arbeitslosengeldes I

Die Mehrkosten eines nach Alter und Arbeitsjahren gestaffelten Arbeitslosengeldes I, die über die Kosten für das für alle gleiche Arbeitslosengeld I hinausgehen, sind nicht aus der Arbeitslosenversicherung, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren. Damit ist gewährleistet, dass nicht allein die Arbeitnehmer einseitig mit der Finanzierung einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe belastet werden, für die bislang der Steuerzahler eintritt. Damit ist ferner gewährleistet, dass die SPD nicht Politik gegen die eigenen Wähler macht und die eigenen Wähler einseitig belastet werden. Nur so kann vermieden werden, dass sich noch mehr potentielle Wähler von der SPD abwenden werden, als dies jetzt schon bei den letzten Wahlen der Fall war.

8/II/2019

Beschluss

Europa erleben – Tag der offenen Tür am Europatag initiieren

Die Stadt München regt im Rahmen des Europatags im Mai einen jährlichen „Tag der offenen Tür“ bei den europäischen Institutionen wie Konsulaten und kulturellen Auslandsvertretungen (Institut Français, Instituto Cervantes etc.) in München an. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern Europa zugänglicher und erfahrbarer zu machen.

14/II/2019**Beschluss****Gründungen im Handwerk besser unterstützen: „Münchner Handwerks Darlehen“**

Die Stadt München prüft zusammen mit der Handwerkskammer einen Förderprogramm zur Unternehmensgründung.

Die Förderung „Münchner Handwerks Darlehen“ sieht wie folgt aus:

Es handelt sich um eine darlehensorientierte Förderung „Münchner Handwerks Darlehen“ und beinhaltet Investitionsdarlehen bis zu 25.000 €. Durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen erfolgt ein teilweiser Darlehenserlass: Beim Nachweis unbefristeter sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse für Nichtfamilienangehörige, die mindestens ein Jahr bestehen und nach dem ortsüblichen Entgelt beziehungsweise Tarif entlohnt werden, oder eines entsprechenden Ausbildungsplatzes, ist ein Schuldenerlass von 3.500 Euro pro Arbeitsplatz beziehungsweise Ausbildungsplatz vorzusehen. Maximal werden die Schaffung von zwei Arbeits- und Ausbildungsplätzen bezuschusst. Damit beträgt die maximale Zuschuss-höhe (= maximaler Darlehenserlass) 7.000 Euro.

Die Handwerkskammer ist in die Umsetzung des „Münchner Handwerks Darlehen“ miteinzubeziehen. Alle GründerInnen müssen sich vor der Gründung verpflichtend bei der Handwerkskammer beraten lassen

Es soll besonders das Gründungsverhalten von Frauen im Bereich Handwerk Berücksichtigung finden und gefördert werden.

21/II/2019**Beschluss****Handläufe Treppenaufgängen**

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden aufgefordert bei Sanierung bestehender Wohneinheiten in den Treppenaufgängen zu prüfen, ob es sinnvoll ist, beidseitige Handläufe anzubringen.

26/II/2019**Beschluss****Große Unternehmen müssen gehalten werden**

Die Landeshauptstadt München begegnet der Veränderung der hier ansässigen großen Unternehmen aktiv und positiv und wird sich dafür einsetzen, solche Unternehmen in den Stadtgrenzen zu halten.

30/II/2019**Beschluss****Mehr Personal in den städtischen Referaten für Wohnungsbau**

Die SPD München setzt sich für eine Bedarfsanalyse des Personals in den städtischen Referaten ein, die für das Thema Wohnen zuständig sind.

37/II/2019**Beschluss****Überarbeitung der Fahrradabstellplatzsatzung zu Gunsten von Lastenfahrrädern**

Die SPD München setzt sich für die Änderung/Überarbeitung der Fahrradabstellplatzsatzung ein.

44/II/2019

Beschluss

Entwurf Mobilitätskonzept West

Die vorliegenden Überlegungen zu einem Mobilitätskonzept werden von der Stadtratsfraktion aufgenommen und fließen in weitere Anträge ein:

Überlegungen zu einem Mobilitätskonzept für die Landeshauptstadt München im Verbund mit den Landkreisen Fürstfeldbruck, Starnberg, Dachau und München Land sowie dem Planungsverband für diesen Teil der Metropolregion München

Der Westen der Landeshauptstadt gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten im Großraum München. Dieser Bereich wird nur durch einige wenige Hauptverkehrsstraßen erschlossen: Verdistrasse, Bodenseestraße, Landsberger Straße und Ammersee-Straße. Entsprechend stark ist das Verkehrsaufkommen und die damit verbundene Abgas- und Feinstaubbelastung auf diesen Routen. So gehört die Kreuzung Landsberger- / Trapentreustraße zu den am meisten belasteten Orten im Stadtgebiet. Im inneren Bereich dieser Straßen sind die Bewohner einer hohen Abgasbelastung ausgesetzt, da hier durch die Bebauung eine natürliche Durchlüftung nicht mehr möglich ist. Auch an den querenden Verbindungen wie der Offenbachstraße und der Fürstenrieder Straße sowie am Mittleren Ring entstehen täglich Staus mit den daraus resultierenden Belastungen.

Der Fahrradverkehr ist gerade auf diesen West-Ost Strecken nur unzureichend erschlossen. So befindet sich an der Landsberger Straße zwischen dem Knie und der Fürstenrieder Straße zwar eine Anlegerstraße beidseitig der Hauptfahrspur aber kein ausgewiesener Fahrradweg. Im Bereich zwischen Landsberger Unterführung und dem Ende der Landsberger Straße ist der Fahrradweg nur unzureichend ausgebaut. Mit Blick auf das Umland erscheint die Errichtung eines Würm-Isar-Radwegs nördlich entlang der Bahngleise und südlich entlang der Lindauer Autobahn dringend notwendig.

Da der Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke und auch die Weiterführung der U-Bahnlinie nach Pasing noch Jahre in Anspruch nehmen werden, halten wir sowohl den Ausbau der Tram auf den bestehenden Strecken als auch die Tram-Querverbindungen z.B. auf der Fürstenrieder Straße für zwingend notwendig.

Die Landeshauptstadt München muss auf die DB bzw. den Freistaat Einfluss nehmen, damit diese über tangentiale S-Bahn-Verbindungen auch außerhalb des Stadtgebiets nachdenken.

Die Landeshauptstadt München möge zusätzlich die Machbarkeit einer Ringbahn (S-Bahn oder U-Bahn) nach Berliner Vorbild prüfen. Es sollen die Randbezirke Münchens (etwa auf Höhe des mittleren Rings) besser verbunden werden, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht immer den Weg über die Innenstadt (Hauptbahnhof) suchen müssen. Die vorherrschenden Bus- und Trambahnverbindungen reichen nicht aus, um das immense Verkehrsaufkommen während der Stoßzeiten zu bewältigen.

45/II/2019**Beschluss****Gleichberechtigtes und rücksichtsvolles Miteinander im Verkehrsraum**

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, Maßnahmen in Zusammenarbeit mit KVR und Polizei zu entwickeln, die die rücksichtslosen Radfahrer*innen und E-Scooter-Fahrer*innen zwingen sich an die Verkehrsregeln zu halten.

100/II/2019**Beschluss****Maßnahmen zum Klimaschutz**

Die Eckpunkte zum Klimaschutz gemäß des Beschlusses der Bundesregierung vom 20.09.2019 enthalten gegenüber ihrer bisherigen Politik in diesem Bereich eine Reihe von positiven Ansätzen. So zum Beispiel die beabsichtigte Aufhebung des 52-Gigawatt-Deckels bei der Photovoltaik. Im Hinblick auf die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele von 2015 reichen die Inhalte dieses Beschlusses jedoch bei weitem nicht aus, um die festgelegten Ziele zu erreichen.

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion und ihre Mitglieder in der Bundesregierung auf, alles daran zu setzen, dass

- die Beschränkung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Areale direkt an Autobahn- und Eisenbahntrassen aufgehoben und der großflächige Ausbau ermöglicht wird.
- die durch § 249 Abs. 3 BauGB geschaffene Kompetenz der Länder, die Privilegierung von Windenergievorhaben im Außenbereich von der Einhaltung gewisser Abstandsflächen abhängig zu machen, aufzuheben (Stichwort 10H)
- die CO₂-Bepreisung von 10 - 35 €/t CO₂ (2021 – 2025) um jeweils 30 €/t auf 40 – 65 €/t CO₂ angehoben wird und zugleich ein nationaler Mindestpreis im europäischen Emissionshandel in gleicher Höhe eingeführt wird. Sämtliche Einnahmen werden über eine Klimaprämie an die Bevölkerung zurückgegeben.
- auf Autobahnen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h eingeführt wird und durch das Strukturförderungsgesetz nicht der Ausbau von Straßen, sondern allein Schienen gefördert wird